SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES

EUROPÄISCHER RAT

ROM, 27. UND 28. OKTOBER 1990

1. FORTSCHRITTE AUF DEM WEG ZUR EUROPÄISCHEN UNION

In diesem für die Integration der Gemeinschaft entscheidenden Augenblick hat der Europäische Rat beschlossen, in eine weitere Phase des europäischen Einigungswerkes einzutreten.

Der Europäische Rat führte anhand der vom Vorsitz unterbreiteten Berichte einen eingehenden Gedankenaustausch über den Stand der Vorbereitung der beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion, die im Dezember dieses Jahres eröffnet und nach dem in Dublin festgelegten Zeitplan parallel zueinander abgehalten werden.
1. Konferenz über die Politische Union

Der Europäische Rat hat sich anerkennend über den Bericht des Vorsitzes und die Stellungnahme der Kommission nach Artikel 236 des Vertrags geäussert; die beiden Texte bilden wichtige Beiträge für die weitere Arbeit.

Der Europäische Rat hat seinen Willen bekräftigt, die Gemeinschaft schrittweise in eine Europäische Union umzuwandeln und dabei ihre politische Dimension weiterzuentwickeln, ihre Handlungsfähigkeit zu stärken und ihre Zuständigkeit auf weitere ergänzende Bereiche der wirtschaftlichen Integration auszudehnen (x), die für die Konvergenz und den sozialen Zusammenhalt wesentlich sind. Die Europäische Union wird das Ergebnis eines von den Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossenen schrittweisen Prozesses sein; sie wird sich unter Wahrung der nationalen Identitäten und des Subsidiaritätsprinzips herausbilden, so dass unterschieden werden kann zwischen dem, was in die Zuständigkeit der Union fällt, und dem, was in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleiben soll.

Im Einklang mit der demokratischen Tradition aller Mitgliedstaaten ist es zur Stärkung der demokratischen Legitimierung der Union erforderlich, dass die Entwicklung der Gemeinschaft zur Europäischen Union mit dem Ausbau der Funktionen des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung (x) und der Kontrolle der Tätigkeit der Union einhergeht; diese Funktionen werden zusammen mit den Funktionen der nationalen Parlamente die demokratische Legitimität der Union stärken. Dieses Erfordernis erhält größeres Gewicht durch die Definition einer europäischen Staatsbürgerschaft (x), die zu der Staatsbürgerschaft der Mitgliedstaaten hinzukommen wird, und durch die nach angemessenen Modalitäten erfolgende Berücksichtigung der besonderen Interessen der Regionen.

(x) Die britische Delegation möchte der Diskussion über diese Punkte auf der Regierungskonferenz nicht vorgreifen.


Der Europäische Rat hat festgestellt, dass die Verfahren und Mechanismen für die Ausarbeitung, Annahme und Umsetzung aussenpolitischer Beschlüsse dahingehend überprüft werden müssen, dass ein kohärenteres, rascheres und wirksameres internationales Vorgehen der Gemeinschaft ermöglicht wird.

Der Europäische Rat vertritt die Auffassung, dass grundsätzlich kein Aspekt der Aussenbeziehungen der Union aus der gemeinsamen Aussenpolitik ausgeklammert wird. Er hat einen Konsens darüber festgestellt, dass im Bereich der Sicherheit über die derzeit gesteckten Grenzen hinausgegangen wird (x). Inhalt und Modalitäten der sicherheitspolitischen Funktionen

(x) Die britische Delegation möchte der Diskussion über diese Punkte auf der Regierungskonferenz nicht vorgreifen.
der Union werden schrittweise nach den verschiedenen Aspekten festgelegt, die dieser Begriff erfasst: Verpflichtungen aus Sicherheitsvereinbarungen, an denen die Mitgliedstaaten beteiligt sind, bleiben davon unberührt.

Der Europäische Rat bittet die Minister für auswärtige Angelegenheiten, ihre Vorarbeiten bis zur Eröffnung der Regierungskonferenz fortzusetzen. Der Vorsitz wird über diese Arbeiten Bericht erstatten und dabei die Stellungnahmen des Parlaments und der Kommission berücksichtigen.

2. Konferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion

Der Europäische Rat hat in Madrid den Zeitpunkt für den Beginn der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, in Strassburg und in Dublin den Zeitplan für die Regierungskonferenz und die Ratifizierung ihrer Ergebnisse festgesetzt. Er stellt heute mit Befriedigung wichtige Entwicklungen in der Folge dieser Beschlüsse fest.

Der Europäische Rat hat das Ergebnis der Vorarbeiten zur Kenntnis genommen, die die Grundlage für die Regierungskonferenz bilden.

Für elf Mitgliedstaaten sollten die Arbeiten zur Änderung des Vertrags sich insbesondere an folgenden Elementen für die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion orientieren:

- für die Wirtschaftsunion: eine offene marktwirtschaftliche Ordnung, die Preisstabilität und Wachstum, Beschäftigung und Umweltschutz miteinander vereint und die auf gesunde, ausgewogene Finanz- und Haushaltshverhältnisse sowie auf wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ausgerichtet ist. Zu diesem Zweck wird die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane verstärkt;


Die zweite Stufe wird am 1. Januar 1994 beginnen, nachdem

- der Binnenmarkt vollendet ist;

- der Vertrag ratifiziert worden ist; und in Übereinstimmung mit den darin enthaltenen Bestimmungen:

- ein Prozess eingeleitet worden ist, der darauf hinweist, dass die Mitglieder der neuen Institution spätestens dann unabhängig sind, wenn die geld- und währungspolitischen Befugnisse übertragen worden sind;

- die monetäre Finanzierung der Haushaltsdefizite sowie jedwede Verantwortlichkeit der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten eines Mitgliedstaates ausgeschlossen sind;
- die größtmögliche Zahl von Ländern sich dem EWS-Wechselkursmechanismus angeschlossen hat.

Der Europäische Rat erinnert daran, dass für den Übergang zur neuen Stufe weitere befriedigende und dauerhafte Fortschritte in der realen und monetären Konvergenz, insbesondere bezüglich der Preisstabilität und der Gesundung der öffentlichen Finanzen, erreicht werden müssen.

Mit Beginn der zweiten Stufe wird die neue Institution der Gemeinschaft gegründet. Dies wird insbesondere die Möglichkeit bieten,

- die Koordinierung der Geldpolitiken zu verstärken;
- die für die zukünftige Durchführung einer einheitlichen Geld- und Währungspolitik notwendigen Instrumente und Verfahren einzuführen;
- die Entwicklung der ECU zu überwachen.


3. Gestaltung der Konferenzen


II. BEZIEHUNGEN ZUR UdSSR

Der Europäische Rat hat den Vorbericht der Kommission entgegenommen, den diese im Anschluss an die Kontaktgespräche erstellt hat, die sie gemäß dem Mandat des Europäischen Rates von der Tagung in Dublin mit der sowjetischen Regierung im Hinblick auf die Ausarbeitung von Vorschlägen für kurzfristige Kredite und für eine längerfristige Unterstützung der Strukturreformen geführt hatte.
Der Europäische Rat hat darauf hingewiesen, welche Bedeutung dem Erfolg der von der Regierung der Sowjetunion eingeleiteten Reformen zukommt.

Der Europäische Rat hat erklärt, dass die Gemeinschaft im Wege einer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen einen bedeutsamen konkreten Beitrag zum Erfolg dieser Bemühungen leisten soll.

Die Kommission ist beauftragt worden, vor der nächsten Tagung des Europäischen Rates Vorschläge für die entsprechenden Beschlüsse vorzulegen.

Treten vor diesem Termin Situationen ein, die Sofortmassnahmen erfordern, so fasst der Rat die notwendigen Beschlüsse auf Vorschlag der Kommission.

Der Europäische Rat betont, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft, den zuständigen internationalen Organisationen und den anderen Ländern ist, die zu den Bemühungen der sowjetischen Regierung einen Beitrag leisten möchten. In diesem Sinne fordert der Europäische Rat die Kommission auf, Vorschläge für ein umfassendes Abkommen über handelspolitische, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der UdSSR zu unterbreiten.

III. MITTEL- UND OSTEUROPAISCHE LÄNDER

1. Zusammenarbeit

Der Europäische Rat hat mit Befriedigung die Fortschritte zur Kenntnis genommen, die beim Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den mittel- und osteuropäischen Ländern im Gesamtkontext der Tätigkeit der Gruppe der 24 und des PHARE-Programms erzielt worden sind. Ausserdem hat er von den infolge neuer
Assoziationsabkommen gebotenen Perspektiven Kenntnis genommen, die eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten - Wirtschaft, Finanzen, kultureller und politischer Bereich - zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft ermöglichen werden.

Der Europäische Rat ist sich der besonderen Verantwortung bewusst, die die Gemeinschaft gegenüber diesen Ländern zum gegenwärtigen Zeitpunkt trägt, da deren Bemühungen um eine strukturelle Anpassung in Verbindung mit dem Übergang zur Marktwirtschaft auf zusätzliche Schwierigkeiten in Folge ausserwirtschaftlicher Störungen stossen, die insbesondere die finanzielle Lage dieser Länder berühren.

Der Europäische Rat vertritt die Auffassung, dass es der Gemeinschaft angesichts dieser Lage obliegt, einen Beitrag zur Suche nach Mitteln und Wegen zu leisten, um den in diesen Ländern eingeleiteten allgemeinen Reformprozess zu konsolidieren und weiter auszubauen, und ihren Teil zur Stabilisierung der Finanzlage dieser Länder beizutragen.

In diesem Zusammenhang äusserte der Europäische Rat die Hoffnung, dass die demokratische Entwicklung in Jugoslawien im Rahmen der Wahrung der Menschenrechte und der Erhaltung der Einheit und der territorialen Unversehrtheit des Landes erfolgreich verläuft.

2. Soforthilfe

Im Rahmen der zahlreichen und dringenden Probleme, die sich in Mittel- und Osteuropa stellen, ist der Europäische Rat von der ungarischen Regierung mit der ernstesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns befasst worden, und hat seine Solidarität mit den Bemühungen dieses Landes zum Ausdruck gebracht, diese Schwierigkeiten zu lösen und sich zu einer marktorientierten Wirtschaft hin zu entwickeln.
Einbereitung seines Eintrittszeitpunktes Ungarn auf seines Weg zu
Demokratie, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung nachdrücklich
zu unterstützen, was den Verzicht auf jede Gewaltanwendung und die
Wahrung der Legalität voraussetzt. In diesem Sinne werden die
Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten Ungarn bei der
Überwindung seiner Probleme, insbesondere im Bereich der Energie-
lieferungen, im Rahmen der Gruppe der 24 unterstützen. Sie werden sich
auch bemühen, kurzfristig bilaterale Hilfe, namentlich im Wege der
Zuteilung der zweiten Tranche des EG-Darlehens, bereitgestellen.

IV. GOLFKRISE UND MITTLERER OSTEN

Der Europäische Rat hat die Lage im Mittleren Osten sowie die
Golfskriege erörtert und die Erklärungen in den Anlagen II und III
verabschiedet.

V. KSZE

Der Europäische Rat hat hierzu die Erklärung in Anlage IV verab-
schiedet.

VI. BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN UND KANADA

Der Europäische Rat ist über den Stand der Erörterungen mit den
amerikanischen und den kanadischen Behörden über die Entwürfe gemeinsamer
Erklärungen zu den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Kanada
unterrichtet worden. Die Frage wird auf der Tagung des Rates (Allgemeine
VII. URUGUAY-RUNDE